

# Der Kampf fürs Klima steht am Kipp-Punkt

Heute tobt die fossile Gegenoffensive, während der Klimadiskurs verkümmert. Was wir aus den 1990er-Jahren über verpasste Chancen, systemische Blockaden und neue Narrative lernen können.

Von Georg Diez, 25.08.2025

Kipppunkte sind unumkehrbar, wenn es um den Klimawandel geht; sie sind nicht unumkehrbar, wenn es um Politik, Gesellschaft, Wirtschaft geht. Beim Klima rasen wir auf Veränderungen zu, die wir uns noch gar nicht richtig vorstellen können. Was die Politik angeht, brauchen wir deshalb ebenfalls massive und grundsätzliche Veränderungen. Das wissen wir schon sehr, sehr lange.

Aber die Stimmung ist gerade nicht so. Im Gegenteil. Der Klimawandel hat sich von einer existenziellen Bedrohung in eine lästige Erinnerung verwandelt. Wo es noch vor ein paar Jahren eine gesellschaftliche Bewegung gab, an der sich ein neues politisches Bewusstsein zu entzünden schien, hat sich vorerst die fossile Konterrevolution durchgesetzt.

In den USA ist es am dramatischsten. Hier heisst es nun «Drill, baby, drill», die Bosse von Öl- und Energiekonzernen stampfen als Minister der Trump-Regierung Umweltschutzprogramme ein und eröffnen neue Bohr- und Geschäftsfelder. Die menschliche Fähigkeit, Verdrängung und Eigennutz möglichst gewinnbringend zu verbinden, wird hier auf eindrucksvolle Art und Weise vorgeführt.

Aber auch in anderen Ländern hat sich etwas grundsätzlich geändert. In Deutschland etwa wurden die Grünen, die im Wahlkampf nur noch maximal defensiv über Klimawandel kommunizierten, mit einem enttäuschenden Stimmenanteil von knapp 12 Prozent abgestraft – die neue Wirtschaftsministerin der Regierung, Katherina Reiche, kommt wie Friedrich Merz von der konservativen CDU und hat schon angekündigt, dass dringend neue Gaskraftwerke gebaut werden müssen.

Und in Grossbritannien war es ausgerechnet der frühere Labour-Premierminister Tony Blair, der tief aus den 1990er-Jahren herüberrief und beklagte, die Klimadebatte sei «irrational». Das Ziel der Klimaneutralität habe keinen Rückhalt in der

Öffentlichkeit, jede Strategie, die auf einem Ausstieg aus fossilen Brennstoffen in naher Zukunft basiere oder auf weniger Konsum setze, sei «zum Scheitern verdammt».

Gleichzeitig nimmt der Druck der Medien zu, die in Grossbritannien fast vollständig in der Hand rechter Milliardäre sind. In den ersten vier Monaten des Jahres 2025 gab es so viele Texte, die direkte Attacken auf den Energieminister Ed Miliband und seine Klimapolitik waren, wie im gesamten Jahr 2024. Es wirkt wie eine bewusste Eskalation, mit bekannten Vorwürfen wie «Netto-null-Eiferer» oder «Klima-Messianismus» – die in direktem Gegensatz zur öffentlichen Meinung stehen. Mehr als zwei Drittel der Briten sind weiterhin über den Klimawandel besorgt.

Es ist dabei nicht unerheblich, dass Tony Blair enge Kontakte zu den wichtigsten Erdöl-Exportnationen hält. Der «Guardian» berichtet von Klimawissenschaftlern und Politikern, die sich seit Jahren beunruhigt zeigen über die Rolle von Blair, der als Premierminister 2005 noch eine ambitionierte Klimapolitik auf den Weg brachte und heute als eine «ernste Bedrohung einer vernünftigen Klimapolitik» betrachtet wird.

Wie ist das alles zu erklären? Und wo können wir ansetzen, um zu verstehen, was gerade passiert? Was können wir daraus lernen, um auf aktuelle politische Verschiebung zu reagieren?

## **Frühe Warnungen vor dem Klimawandel**

Vielleicht hilft es zu erkennen, dass wir schon einmal an einem ähnlichen Punkt waren. Bereits eine Schlüsselzeit durchlebten, die zeigte, wie unsere Gesellschaften auf existenzielle Herausforderungen wie den Klimawandel reagieren können – unter den Bedingungen einer Demokratie, die offen ist für Angriffe von Interessen, die getrieben werden von Profit und Kapital.

Das sind die Kippunkte, von denen ich spreche, politische und gesellschaftliche Kippunkte, die entscheidend sind dafür, wie mit Problemen umgegangen wird, die erkannt sind – und die, wie im Fall des Klimawandels, halbherzig, gegen Widerstand und mit den falschen Institutionen und Instrumenten angegangen werden. Es handelt sich um Entscheidungen, die heute relevanter sind denn je, die wir aber in ihrer damaligen Logik verstehen sollten, um Perspektiven zu gewinnen, wie wir anders auf die Herausforderungen des Klimawandels reagieren müssen.

Tatsache ist: Der Klimawandel hätte in den 1990er-Jahren gestoppt werden können. Damals wäre die Zeit gewesen, um auf erneuerbare Energien zu setzen. Stattdessen wurde die Erderwärmung nach dem Kalten Krieg weiter angetrieben durch die nachgeholte Industrialisierung von Ländern wie China und Indien, die ihre Emission von Treibhausgasen zwischen 1990 und 2023 nahezu verfünffacht haben. Weltweit expandierte die Ölindustrie, unterstützt durch die nationalen Regierungen.

Dabei war eigentlich schon damals alles klar. 1988 war das Jahr, in dem der Klimawandel offiziell wurde. «Die Erderwärmung hat begonnen», lautete die Schlagzeile auf Seite eins der «New York Times» am 24. Juni. Es sei zu «99 Prozent» sicher, dass der Temperaturanstieg, der beobachtet und vorhergesagt werden könne, keine natürlichen Ursachen habe, sondern vom Menschen gemacht sei, hatte am Tag zuvor der NASA-Wissenschaftler James Hansen vor dem US-amerikanischen Senat ausgesagt. Um diesen Wandel des globalen Klimas zu verhindern, so Hansen, sei es notwendig, fossile Brennstoffe wie Öl, Benzin und Kohle radikal zu reduzieren.

Warum geschah nichts? James Hansen war nicht einmal der erste Wissenschaftler, der auf den Klimawandel aufmerksam gemacht hatte. Bereits 1965 warnten Wissenschaftler den damaligen US-Präsidenten Lyndon B. Johnson vor dem menschlichen Einfluss auf das globale Klima, sprachen von einem «geophysikalischen Experiment» mit der Atmosphäre.

---

## Zu den Bildern

Mit der Arbeit «Vivants» setzt sich der Schweizer Fotograf Matthieu Gafsou mit der Zerstörung der Erde und unserem Platz darin auseinander. Anstatt die aktuellen Krisen (globale Erwärmung, Artensterben usw.) zu veranschaulichen, hat er einen intimen und intuitiven Zugang gewählt.

«Vivants» basiert zwar auf Fakten und Theorien, lässt aber auch Gefühle (Angst, Wut, Liebe) zu. Die Arbeit erzählt von Beziehungen: zwischen Subjekten und ihrer Umgebung, zwischen Menschen und Nicht-Menschen. Der formale und zugleich sensible Ansatz des Künstlers, mit dem er seinen Alltag mit den grossen globalen Fragen vermischt, lässt eine düstere und kraftvolle Serie entstehen.

Die Arbeit ist bei Atelier EXB Paris als Buch erschienen. Matthieu Gafsou lebt und arbeitet in Lausanne.

---

Der Bericht des Club of Rome zu den «Grenzen des Wachstums» stellte 1972 die Verbindung her zwischen der kapitalistischen Ideologie und der klimatischen

Katastrophe. Die Ölfirmen wussten seit den 1970er-Jahren sehr gut und genau, wie ihre Profite mit der Zerstörung des Planeten zusammenhingen. Unter Präsident Jimmy Carter wurde der Klimawandel zur Chefsache, der letzte Klimareport seiner Amtszeit erschien im Januar 1981.

Carters Berater, der Geophysiker Frank Press, hatte gleich zu Beginn seiner Amtszeit darauf hingewiesen, dass «die Dringlichkeit des Problems damit zu tun hat, dass wir nicht in der Lage sein werden, schnell genug auf nicht fossile Energiequellen umzustellen, wenn die Effekte des Klimawandels um das Jahr 2000 herum deutlich werden». Und weiter: «Die Situation könnte ausser Kontrolle geraten, bevor alternative Energiequellen und andere Gegenmassnahmen Wirkung zeigen.»

Doch Ende der Achtziger, Anfang der 1990er-Jahre folgte auf den Beweis des menschengemachten Klimawandels und auf die öffentliche Aufmerksamkeit dafür eine aggressive Gegenkampagne. Mit grossem Erfolg: Die Arbeit der Lobbyisten fing an zu greifen. In den USA wurde die Wissenschaft vom Klimawandel frontal angegriffen und infrage gestellt. Das «Wall Street Journal» und die Wirtschaftsmagazine «Forbes» und «Fortune» halfen mit, die Klimaskepsis zu popularisieren.

Die politisch motivierten Klimaskeptiker oder -leugner folgten bei all ihrer Arbeit, wie es Naomi Oreskes und Erik Conway in ihrem einflussreichen Buch «Merchants of Doubt. How a Handful of Scientists Obscured the Truth on Issues from Tobacco Smoke to Global Warming» beschreiben, einem wohlerprobten Playbook. Sie wandten die Argumentationsstrategien und Rezepte der Lobbyisten an, die jahrzehntelang erfolgreich eindeutige Forschungsergebnisse zum Zusammenhang von Tabakkonsum und Krebs unterdrückt und die Diskussion darüber verhindert hatten.

## **Wie die Fossilobby den Weltklimarat unterwanderte**

Die Erkenntnis über die Folgen der Umweltzerstörung durch den Menschen wurde in den 1990er-Jahren nicht übersehen, sie wurde nicht ignoriert – sie wurde effektiv unterdrückt. Selbst das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) der Vereinten Nationen, das 1988 gegründet worden war, so beschreibt es der Journalist Eugene Linden in seinem Buch «Fire & Flood», war ein «Geschenk Gottes» für all die Wirtschaftslobbyisten, die hier ein neues Forum gefunden hatten, um die Botschaft der Erderwärmung beständig zu verwässern.

Bereits 1989 hatte sich die Global Climate Coalition (GCC) gegründet, zu deren Mitgliedern die grossen Ölfirmen gehörten oder auch der Automobilhersteller General Motors. Ziel war es, für die Interessen der Fossilindustrie auf die Arbeit des IPCC einzuwirken. Dieses Panel war mit dem Verständnis gegründet worden, eine möglichst breite Koalition gegen den Klimawandel zu bilden. Die globalen Grosskonzerne schafften es von Anfang an, direkt Einfluss zu nehmen auf Konzeption, Struktur und Wortwahl der Berichte des IPCC.

Statt die Menschen aufzuklären oder zu mobilisieren und Einfluss auf die Politik zu nehmen, erwies sich das IPCC als ein weiterer «Filter», wie Linden es nennt, zwischen einer Öffentlichkeit, die nicht richtig hinhörte, und einer Wissenschaft, die nicht richtig wusste, wie sie sich Gehör verschaffen sollte.

Das IPCC tat damit in vielem das Gegenteil dessen, wofür es eigentlich geschaffen worden war: Die Sprache der Berichte war bürokratisch und schwer verständlich und tatsächlich hinkten sie beständig den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen hinterher. Was ein Weckruf hätte sein können, verschleierte eher die Veränderungen des Meeresspiegels, die Auswirkungen des schmelzenden Permafrosts, den Zustand von Gletschern und Eisschilden.

Als 1990 der erste IPCC-Bericht veröffentlicht wurde, zeigte sich eine Diskrepanz zwischen den Kapitelzusammenfassungen, die am meisten gelesen wurden und eher harmlos gehalten waren, und den eigentlichen Kapiteln, in denen die besorgniserregenden wissenschaftlichen Ergebnisse nachzulesen waren, die aber weit weniger Aufmerksamkeit und Öffentlichkeit bekamen.

Der Bericht enthielt den zusammenfassenden Satz, dass die festgestellte Erderwärmung «vor allem durch natürliche Variabilität» verursacht sein könnte. «Eindeutige» Beweise für den Einfluss des Menschen auf den Klimawandel, so heisst es dort weiter, seien frühestens in einem Jahrzehnt zu erwarten. Gleichzeitig skizzierte der Bericht eine Welt, in der die Erderwärmung zu diesem Zeitpunkt schon fatal weit fortgeschritten wäre.

Es war ein Dokument der Widersprüchlichkeit und lieferte Klimaskeptikern Stichpunkte und Argumente, falls sie diese überhaupt brauchten und nicht ohnehin selbst in das Dokument hineingeschrieben hatten. In der Zusammenfassung eines weiteren Berichts fünf Jahre nach dem ersten war davon die Rede, dass der Einfluss des

Menschen auf das Klima «erkennbar» sei. Widersprüchlich blieb dabei die Einschätzung des Permafrosts, wo keine Veränderungen vor dem Jahr 2100 zu erwarten seien. Offen blieb auch, wie sehr sich die Ozeane, die eine zentrale Rolle für das Klima auf der Erde spielen, erwärmen würden – zwischen 1 und 3,5 Grad Celsius schwankten die Berechnungen, je nachdem, welches Szenario man für plausibel hielt oder welche Massnahmen getroffen würden.

Dass es zu Kipppunkten kommen könnte, unumkehrbaren Veränderungen des Weltklimas, war in diesem Bericht so gut wie ausgeschlossen – erst ab einer Erderwärmung von 5 Grad Celsius sei damit zu rechnen. Es gebe «viele Unsicherheiten», so lautete ein Fazit des Berichts – sieben Jahre, nachdem James Hansen vor dem US-Kongress ausgesagt und von einer 99-prozentigen Wahrscheinlichkeit eines menschengemachten Klimawandels gesprochen hatte.

Die Temperaturen steigen derweil weiter. James Hansen, bis ins hohe Alter hinein aktiv, veröffentlichte 2025 eine Untersuchung, in der er das IPCC scharf kritisierte, weil das Gremium nach wie vor die Wirklichkeit verharmlose. «Eine strahlende Zukunft für die jungen Menschen von heute ist immer noch möglich», schreibt Hansen, dem stehe aber das unrealistische Wunschdenken entgegen, das zum Beispiel den Energiebedarf der Entwicklungsländer ignoriert.

An diesem Punkt sind wir nun. Aus dem Kampf gegen den Klimawandel wurde der Kampf gegen die Folgen des Klimawandels. Adaptation statt Mitigation, so lautet die kurze Formel dafür, Anpassung also – und gleichzeitig muss der Widerstand weitergehen gegen ein System, das darauf ausgelegt ist, die Welt durch ihre extraktiven Praktiken zu zerstören.

Welche Lehren also lassen sich aus dem ziehen, was in den 1990er-Jahren deutlich wurde?

## **Neue Narrative in der Klimakrise**

Klimawandel ist ein systemisches Problem, das viel mit kapitalistischer Logik zu tun hat. Natürlich gibt es auch andere Staaten und Systeme als die kapitalistisch organisierten, die massiv die Zerstörung der Umwelt vorangetrieben haben, verbunden in der fossilen Produktionslogik der frühen Moderne – aber als letztes verbliebenes ideologisches System nach dem Ende des Kommunismus muss der

Fokus stärker auf den katastrophalen Wirkungen eines immer hemmungsloseren Wirtschaftssystems liegen.

Es gilt deshalb, die Wachstumsdoktrin direkt anzugreifen, so wie es die Degrowth-Bewegung tut. Die Vorstellung eines «grünen Kapitalismus» muss sehr kritisch hinterfragt werden, weil viele Studien zeigen, dass so die Klimaziele nicht erreicht werden können. Und es gilt dabei auch offen zu sein für die Tatsache, dass gerade kein alternatives System zur Verfügung steht. Aus den 1990er-Jahren und speziell vom Gegenkongress in Rio 1992, der Gegenveranstaltung zur IPCC-Konferenz am gleichen Ort, lässt sich dabei lernen, dass andere Kulturen als die westliche einen reichen Schatz an weniger extraktiven Prinzipien von Nahrungsmittelproduktion und Zusammenleben, aber auch andere Vorstellungen eines gemeinschaftlicheren Verständnisses von Markt bereithalten.

Märkte sind nicht Schicksal, Märkte lassen sich gestalten. Man muss den Kapitalismus nicht abschaffen, um die Marktwirtschaft zu verändern.

Gleichzeitig zeigt sich, von den 1990er-Jahren bis heute: Wissenschaft ist nicht gleich Wahrheit. Oder anders gesagt, wenn sich bei vielen Menschen alles dagegen zu sträuben scheint, die Wahrheit als Wahrheit zu erkennen, hilft es nicht viel, auf die wissenschaftlichen Grundlagen für den menschengemachten Klimawandel zu verweisen.

Es braucht ein anderes Narrativ als das von Schock und Schrecken – ein politischer Ansatz, der soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit gemeinsam denkt und fördert wäre womöglich wirkungsvoller.

Der SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine hatte 1990 so ein Programm vorbereitet – die deutsche Einheit kam ihm in die Quere. Was folgte, war eine Entpolitisierung der Demokratie und auch der Klimadebatte, also eine Entkoppelung von der Analyse der Ursachen und dem kollektiven Selbstvertrauen, gemeinschaftliche Antworten zu schaffen. Diese grundlegende Geschichte von Gemeinschaft als Grundlage jeder Klimapolitik gilt es wieder zu erlernen – sonst wird es schwer, die Kluft zwischen Wahrheit und Handeln zu überwinden.

Denn: Menschen sind träge. Und ängstlich. Und auch die Medien, mit Ausnahmen, sind keine Hilfe. Sie fokussieren sich auf das Negative, sie amplifizieren die Angst, sie

haben Transformation nicht als Kernaufgabe – und sie gerieten Ende der 1990er-Jahre in eine existenzielle Krise, als sie ratlos der digitalen Revolution zusahen.

Eine Lektion der 1990er-Jahre kann es in diesem Fall sein, dass Informationen anders hergestellt und anders verbreitet werden müssen. Die Gegner in dieser Auseinandersetzung sind mächtig und haben viel Geld, sie können Meinung massiv beeinflussen und teilweise kaufen. Sie besitzen Fernsehsender, Thinktanks, Zeitungen, Magazine, digitale Medien und können damit ihre gebündelten kommerziellen Interessen vertreten und verbreiten. Um alternative Zukunftsvisionen zu erzeugen, braucht es alternative Medien.

Traditionelle Medien sind immer noch nach einer altmodischen Vorstellung von Politik organisiert, die auch damit zu tun hat, dass Demokratie, trotz aller Versuche, nationalstaatlich gedacht und gestaltet wird. Dieses Format aber funktioniert nicht, um die wesentlichen Probleme unserer Zeit zu adressieren, von künstlicher Intelligenz bis zum Klimawandel. Einer der Fehler der 1990er-Jahre war es, nicht nachdrücklich genug auf die Überwindung nationalstaatlicher Logik gedrängt zu haben. Das muss nachgeholt und weitergetrieben werden – es braucht neue Denkweisen und neue Governance-Strukturen.

Bis dahin zeigt sich die harte Seite des Nationalstaats in der Verdrängung und vor allem Verfolgung derjenigen, die sich gegen Apathie und Ratlosigkeit wenden. Die Proteste gegen den Klimawandel jedenfalls werden zunehmend kriminalisiert und mit hohen Strafen, zum Teil mehrjährigen Gefängnisstrafen, belegt. Die ganze Macht von Staat und Wirtschaft zeigt ihre Wirkung.

Eine der aktivsten Klimaprotestgruppen, die «Letzte Generation», nannte sich um in die «Neue Generation». «Die Bewegung muss reflektieren, dass wir längst in der Klimakatastrophe angekommen sind», sagt die deutsche Aktivistin Mirjam Herrmann im Gespräch.

Die neue Realität ist: Die Kipppunkte sind erreicht. «Wir rasen in instabile Zeiten und können keinen Schutz erwarten», sagt sie.

Diese Erkenntnis hat Auswirkungen auf die Strategie, wie man individuell oder gesellschaftlich auf den Klimawandel reagieren will. Es heisst nicht aufgeben. Aber es heisst anpassen.

Wie können wir also leben mit dem Klimawandel, überleben mit dem Klimawandel? Und gleichzeitig nicht aufhören zu kämpfen?

Mirjam Herrmann zum Beispiel hat für sich entschieden, dass sie vor allem helfen will, diejenigen zu schützen, die am meisten leiden werden, und baut dafür Strukturen auf. Sie will aber auch das Narrativ der Klimabewegung erweitern und mit dem Kampf um Menschenrechte, Freiheitsrechte, Bürgerrechte und den Rechtsstaat verbinden.

«Die Gesellschaft entlernt gerade, was Rechte sind», sagt sie. Auch das muss man also neu lernen. Sie glaubt nicht daran, dass Politik etwas verändern kann oder Regierungen. «Es hat keinen Sinn, appellativ zu argumentieren.» Es ergebe nur Sinn, etwas selbst zu tun. Sie will nun konkret Menschen helfen, etwa indem sie während der Hitzewellen im Sommer Wasserkanister für Rentner organisiert oder für sie kaufen geht. Sie will die Reflexion und Vorbereitung vorantreiben für das Leben im autoritären Staat. Denn sie rechnet damit, dass staatliche Repression und autoritäres Verhalten im Lauf der Klimakrise zunehmen werden, und will sich und andere darauf vorbereiten, etwa durch Rechtsberatung.

Ihr Jurastudium sei nun Zeitverschwendung. Für sie ist klar: Die Krisen nehmen zu und damit auch die Optionen. Und wenn sich die verschiedenen Kämpfe in der Gesellschaft verbinden, dann sei soziale Gerechtigkeit das gemeinsame Ziel.

Aufgeben ist jedenfalls keine Möglichkeit. «Ohne Hoffnung kann man nicht kämpfen», sagt sie. «Und ohne Kampf gibt es keine Hoffnung.»

---

### Zum Autor und zu diesem Text

Georg Diez arbeitete für deutsche Medien wie «Süddeutsche Zeitung», «Die Zeit» und «Spiegel», derzeit ist er Fellow bei der Max-Planck-Gesellschaft und bei Project Together, wo er zu Fragen demokratischer Innovation forscht. Dieser Essay beruht in Teilen auf Auszügen aus dem Buch «Kippunkte. Von den Versprechen der Neunziger zu den Krisen der Gegenwart», das im März 2025 im Aufbau-Verlag erschienen ist. Für die Republik schrieb Diez zuletzt über die deutsche Angst.